

1

den  
rtet  
ineniger  
nen  
fitt-  
nde  
igte  
hen  
hen  
Ko-  
das  
ska-  
lter  
nde,  
gen.  
Rot-  
igen  
Mit-  
nte,  
Dia-  
Zau-  
rie“  
ten:  
für

## Im Fall Salame mauern die Behörden

Abgeschobene Mutter immer noch nicht zurück

VON MICHAEL B. BERGER

**Hannover.** Kurz vor Weihnachten 2012 hat der Fall der vor acht Jahren in die Türkei abgeschobenen Gazale Salame im Landtag hohe Wellen geschlagen. Vertreter aller Fraktionen votierten einstimmig dafür, die aus dem Kreis Hildesheim nach Izmir abgeschobene Frau wieder zurückzuholen. Zwei ihrer vier Kinder leben noch immer in Hildesheim. Ministerpräsident David McAllister (CDU) hatte – kurz vor Weihnachten – den Anstoß gegeben, die Familie von Gazale Salame und ihrem Mann Ahmed Siala wieder zusammenzuführen – über das Aufenthaltsrecht der ältesten Tochter. McAllister wollte diesen Fall, der auch bundesweit hohe Beachtung gefunden hat, endlich „abgeräumt“ haben. Doch danach sieht es derzeit nicht aus.

„Ich bin längst nicht mehr so optimistisch wie noch vor Weihnachten“, sagt die Landtagsabgeordnete Jutta Rübke (SPD). Der Fall Salame drohe im Getriebe der Behörden zerrieben zu werden, sagt Rübke: „Dabei hat uns die Landesregierung, auch Innenminister Uwe Schönemann, versprochen, etwas zu machen, damit diese Familie wieder zusammenkommt.“

Eigentlich hatten die Unterstützer gehofft, Gazale Salame noch im Februar in Hildesheim wiederzusehen – acht Jahre nach ihrer unter dramatischen Umständen vollzogenen Abschiebung. Salame war zum Zeitpunkt ihrer Abschiebung hochschwanger. Ihr Mann Ahmed Siala war 2005 nur deswegen nicht ausgewiesen worden, weil er die anderen beiden Töchter damals gerade in den Kindergarten brachte.

Dem Landtagsappell für die Zusammenführung der Familie folgten zwar einige Krisengespräche, an denen auch der Landkreis Hildesheim, das Innenministerium und die Landtagsabgeordneten Fritz Güntzler (CDU) und Rübke beteiligt waren – doch noch ohne greifbares Ergebnis. Immerhin hat Salames Tochter Amine inzwischen vom Landkreis eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Doch das gewünschte Besuchsvisum habe Salame von der deutschen Vertretung in Izmir nicht bekommen, beklagen ihre deutschen Unterstützer. Dies sei juristisch nicht möglich, heiße es immer wieder. „Aber man kann doch den politischen Beschluss des Landtages, diese Familienzusammenführung zu ermöglichen, nicht einfach hintertreiben“, sagt Jutta Rübke. Noch-Innenminister Schönemann, den viele für das zögerliche Vorgehen verantwortlich machen, habe Ende Januar sogar mit Außenminister Guido Westerwelle (FDP) telefoniert, heißt es im Innenministerium. „Der wälzt das jetzt auf Westerwelle ab“, heißt es bei Unterstützern. „Wir hoffen, dass es eine Lösung gibt“, sagt der Abgeordnete Güntzler.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken